

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

51. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 6 · 1. September 2020

Corona-Tests

Die Corona-Pandemie beschäftigt weiter den Landtag. In einer Aktuellen Stunde diskutierten die Abgeordneten über die steigende Zahl an Infizierten in Deutschland und die Teststrategien. S. 3

ThyssenKrupp

Die Lage der Stahlsparte bei ThyssenKrupp war Thema im Landtag. Der coronabedingte Stillstand der Wirtschaft hatte die Situation des Konzerns nochmals verschlechtert. S. 6

Fürsorge

Care-Arbeit betrifft vor allem Frauen. Sie betreuen die Kinder, pflegen Angehörige oder sind in der Nachbarschaftshilfe aktiv. Unterstützung für Care-Arbeit – Thema des Schwerpunkts. S. 9-11

Petitionen

Die Corona-Pandemie hat auch die Arbeit des Petitionsausschusses erreicht. Landtag Intern sprach mit dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter über neue Themen und Herausforderungen. S. 12-13

Wählen gehen!

Entscheidungen in den Kommunen



INHALT



Foto: Schälte

Sorge um die Sorgenden

<u>Sachverständige äußern sich zur „Care-Arbeit“</u>	S. 9
<u>Standpunkte</u>	S. 10

Aus dem Plenum

<u>Streit um Corona-Teststrategie</u>	S. 3
<u>Meldungen</u>	S. 4
<u>Stahlbranche in der Corona-Krise</u>	S. 6

Forum

<u>„Wunsch-Steine“ für den Weltkindertag</u>	S. 7
<u>Gesetzgebung</u>	S. 8

Forum

<u>Interview: Petitionen und Corona</u>	S. 12
<u>Aus den Fraktionen</u>	S. 14

Forum

<u>Aufruf zu den Kommunalwahlen</u>	S. 16
---	-------

Aus den Ausschüssen

<u>Meldungen</u>	S. 18
------------------------	-------

Im Porträt

<u>Herbert Strotebeck (AfD)</u>	S. 19
---------------------------------------	-------

<u>Kurz notiert</u>	S. 20
---------------------------	-------

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Thomas Becker (tob), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Nadja Kremser (FDP), Jennifer Hüttenhölcher (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 28. August 2020, 10 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

www.landtagintern.de



Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Streit um Corona-Teststrategie

Aktuelle Stunde zu steigenden Infektionszahlen

Foto: Schälte

26. August 2020 – Das Robert Koch-Institut meldete am 22. August für Deutschland erstmals seit April wieder mehr als 2.000 Neuinfektionen durch Corona an einem Tag. Wie mit dieser Situation umzugehen ist, darüber diskutierten die Abgeordneten in einer Aktuellen Stunde. Der Debatte lagen drei Anträge zugrunde.

Medienberichten zufolge seien landesweit weder die Testempfehlungen des Robert Koch-Instituts eingehalten noch die Gesundheitsämter adäquat personell ausgestattet worden, kritisierte die SPD-Fraktion in ihrem Antrag (17/10705). Es mangle an einer landesweit verbindlichen Teststrategie, besonders mit Blick auf Kontaktpersonen von Corona-Infizierten. Die Verantwortung werde auf die Kommunen „abgewälzt“. Viele Gesundheitsämter seien personell unterbesetzt, schreibt die Grünen-Fraktion in ihrem Antrag (17/10706). Die Landesregierung dürfe Gesundheitsämter mit erhöhten Corona-Fallzahlen nicht allein lassen und müsse für mehr finanzielle und personelle Unterstützung sorgen.

Die Fraktionen von CDU und FDP weisen in ihrem Antrag (17/10707) auf aktuelle Gespräche zwischen Bund und Ländern. Es brauche eine „differenzierte Weiterentwicklung der Coronaschutzvorschriften, die den Gesundheitsschutz der Bevölkerung ebenso wie den Schutz von Arbeitsplätzen, Wohlstand und der Wirtschaft unseres Land weiterhin im Blick behält“.

Solange noch kein Corona-Impfstoff entwickelt sei, gebe es nur eine Chance, um die Pandemie zu bekämpfen: „Testen, testen, testen“, sagte SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty**. Nötig seien mehr mobile Testzentren, etwa für die Belegschaft in Kitas. Massentests seien dort zwar angekündigt worden, das Vorhaben sei aber gescheitert. Eingerichtet werden müssten wieder mehr Drive-in-Teststationen, auch müsse in Pflegeheimen und Betrieben mehr getestet wer-

den. Durch Kooperationen mit Hochschulen und Pharmazieunternehmen könnten Laborkapazitäten ausgedehnt werden.

Mehrdad Mostofizadeh (Grüne) sagte, die Gesundheitsämter in den Städten und Kreisen seien „der zentrale Schlüssel zur Bekämpfung der Pandemie“. Massentests müssten nicht nur an Schulen und Kitas, sondern auch in Pflegeheimen angeboten werden. Die Landesregierung habe die Möglichkeit, dies rechtlich durchzusetzen, mache von diesem Recht bislang aber keinen Gebrauch und reagiere mit einem „Fingerzeig auf die Kommunen“. Besonders die Frage der Aufstockung des Personals in Gesundheitsämtern müsse schnell geklärt werden.

„Aktionismus“

CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen** warf der SPD-Fraktion „Aktionismus“ vor. Sie leugne, dass Tests nur bei einem vorher konkreten Verdacht sinnvoll seien. Bei geringem Verdacht steige die Wahrscheinlichkeit von falsch-positiven Testergebnissen. Dies verunsichere die Bevölkerung. Löttgen forderte die Opposition auf, aus ihrer „Komfortzone“ des Kritisiertens herauszukommen. Während die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen eine Krise bewältigten, arbeite die Opposition daran, sich den Namen „Erste Allgemeine Verunsicherung“ zu geben.

Landesregierung und Koalitionsfraktionen handelten, die Opposition kritisierte, sagte auch FDP-Fraktionschef **Christof Rasche**. CDU und FDP hätten in den vergangenen Wochen be-

sonnen agiert. Gefordert sei nun auch ein neues Denken, wie man der Krise mit neuen Ideen und neuen Technologien begegnen könne, beispielsweise mit neuen Luftfiltertechniken. Politik müsse mutig sein im Denken und mit Vernunft und ohne Angst handeln. „Geben wir den Menschen in Nordrhein-Westfalen wieder Mut und Perspektiven“, so Rasche.

Der Streit über die richtige Strategie spalte die Gesellschaft, sagte **Dr. Martin Vincenz** (AfD). Die Bundesregierung habe es nicht geschafft, die Bevölkerung zusammenzuhalten. Virologen hätten früh darauf hingewiesen, dass es bei Lockerungen zu „lokalen Ausbrüchen“ von Corona kommen werde. „Nichts anderes erleben wir“, sagte Vincenz. Jede Lockerung werde zu neuen Infektionen führen. Positive Testergebnisse seien jedoch nicht gleichzusetzen mit tatsächlichen Infektionen. Er warnte vor Panik und empfahl, „kühl“ mit diesen Zahlen umzugehen.

Gesundheitsminister **Karl-Josef Laumann** (CDU) wies den Vorwurf einer fehlenden Teststrategie als „puren Populismus“ zurück. Die Landesregierung orientiere sich an der Richtlinie des Robert Koch-Instituts und teste Menschen mit Symptomen – derzeit mehr als 280.000 pro Woche. Man sei „in einer sehr hohen Schlagzahl unterwegs“. Die Gesundheitsämter hätten die Nachverfolgung im Griff, dies habe eine Abfrage im Juli ergeben. Nach Angaben Laumanns sind von den rund 18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern Nordrhein-Westfalens aktuell 4.030 infiziert. *tob, wib, zab*



Opferschutz

26.8.2020 – „Opferschutz und -rechte in Nordrhein-Westfalen konsequent ausbauen“ – so lautet ein Antrag der Fraktionen von CDU und FDP ([17/9872](#)), den der Landtag verabschiedet hat. In dem Antrag heißt es, dass die Weiterentwicklung des Opferschutzes zu einem Kernanliegen der Landesregierung und der Koalition gehöre. Nicht wenige Opfer von Straftaten litten ihr Leben lang unter den Folgen und bedürften besonderen Schutzes und spezialisierter Fürsorge. Hierzu gehöre, dass sie „während des – notwendigerweise auf eine effektive Strafverfolgung ausgerichteten – Ermittlungs- und Strafverfahrens möglichst wenig weiteren Belastungen ausgesetzt werden“. Die Landesregierung wird u. a. beauftragt, eine auf die Belange von Opfern ausgerichtete Aus- und Weiterbildung für die Strafverfolgungsorgane sicherzustellen. In allen Präsidialgerichten und Staatsanwaltschaften sollen Koordinatorinnen oder Koordinatoren für den Opferschutz im Strafverfahren zur Verfügung stehen. In den Gerichten sollen kind- und jugendgerechte Wartezonen oder -zimmer eingerichtet werden. Dem Antrag stimmten die Fraktionen von CDU, FDP, Grünen und AfD zu. Die SPD-Fraktion enthielt sich.

Innenstädte

26.8.2020 – Die Abgeordneten haben über zwei Anträge diskutiert, die sich mit der Situation des Einzelhandels in Innenstädten befassen. „Nicht erst durch die Corona-bedingten Schließungen von Ladenlokalen sehen sich Innenstädte großen Umwälzungen und Herausforderungen gegenüber“, schreibt die SPD-Fraktion in ihrem Antrag ([17/10637](#)), der zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung überwiesen wurde. Die Landesregierung solle gemeinsam mit Kommunen einen Masterplan „Lebendige Innenstadt“ entwickeln. Maßnahmen dazu seien mit 1 Milliarde Euro aus dem Rettungsschirm des Landes NRW zu fördern. Die Fraktionen von CDU und FDP fordern in ihrem Antrag ([17/6748](#) und Änderungsantrag [17/10733](#)) u. a., die Landesregierung solle in Abstimmung mit den Kommunalen Spitzenverbänden und dem

Handel prüfen, „welche gesetzlichen Veränderungen nötig sind, damit die Kommunen integrierte und passgenaue Konzepte entwickeln können, um Innenstadtlagen für den Handel wieder attraktiver zu machen“. Der geänderte Antrag wurde mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen angenommen; dagegen stimmten die SPD-Fraktion und die Grünen-Fraktion. Die AfD-Fraktion enthielt sich.

Klimaschutz

26.8.2020 – Um den Klimaschutz in den nordrhein-westfälischen Kommunen ging es in einer Großen Anfrage der Grünen-Fraktion („Kommunaler Klimaschutz in NRW: Erneuerbare Energien für Strom und Wärme in NRW-Städten und -Gemeinden“, [17/6988](#)), über die der Landtag in Verbindung mit der Antwort der Landesregierung ([17/7697](#) – Neudruck, [17/8383](#) und [17/10078](#)) diskutiert hat. Eine vorliegende Studie zeige, dass viele Potenziale bis heute noch nicht ausgeschöpft seien, heißt es in der Großen Anfrage. „Die Hebung dieser Potenziale sollte zu einer möglichst schnellen Umsetzung der Energiewende und damit zum Erreichen der vom Pariser Klimaabkommen abgeleiteten Klimaziele bestmöglich unterstützt werden.“ Die Große Anfrage umfasst Fragen an die Landesregierung u. a. zur Wind- und Solarenergie, zu Biomasse, Wasserkraft und zur Geothermie. In der Antwort der Landesregierung heißt es u. a., dass Erneuerbare Energien „eine entscheidende Säule der zukünftigen Energieversorgung Nordrhein-Westfalens“ seien. Die Potenziale für den Ausbau würden regelmäßig ermittelt. Demnach bestünden für die Elektrizitätserzeugung aus Dachflächen-Photovoltaik jährliche Erzeugungspotenziale von 68 Terawattstunden, die bislang nur zu etwa 6 Prozent genutzt würden. Um die Potenziale zu nutzen, sei es wichtig, dass die Energieerzeugung und der Ausbau der Erneuerbaren Energien „im Elektrizitätssektor stärker akzeptanzgesichert erfolgen, insbesondere bei der Windenergie“.

Überbrückungshilfen

26.8.2020 – Wie können Schausteller, Marktstandbetreiber und weitere Unternehmer der

Veranstaltungsbranche in Corona-Zeiten besser unterstützt werden? Mit dieser Frage beschäftigt sich ein Antrag der SPD-Fraktion ([17/9944](#) – Neudruck), über den der Landtag beraten hat. Bund und Länder hätten sich bereits im Juni 2020 darauf geeinigt, Großveranstaltungen, bei denen eine Kontaktverfolgung und das Einhalten von Hygieneregeln nicht möglich seien, bis Ende Oktober 2020 zu untersagen, heißt es im Antrag. In der Veranstaltungs- und Schaustellerbranche seien daher kaum Einnahmen zu erwarten. Die bisherigen Hilfsprogramme hätten zwar gegriffen. „Soforthilfe und Steuererstattungen konnten für die erste Zeit Liquidität bringen. Das reicht aber jetzt nicht mehr aus.“ Die von der Bundesregierung verabschiedete Überbrückungshilfe enthalte auch für die Schaustellerbranche und für Marktstandbetreiber Regelungen, die zu befürworten seien – „aber erste Erfahrungen zeigen, dass nachgesteuert werden muss“. Die Landesregierung solle ein eigenes Programm aus Mitteln des Rettungsschirms für das Land NRW auflegen, um Einnahmeverluste der Branche abzufedern. Der Antrag sowie ein Änderungsantrag der AfD ([17/10745](#)) wurden zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung überwiesen.

Windstrom

26.8.2020 – Der Landtag hat sich mit einer Großen Anfrage der AfD-Fraktion zum Thema „Sachstand ‚Windstromanbindung NRW und ‚Windstrom‘verbindung durch NRW hindurch“ ([17/9125](#)) sowie der Antwort der Landesregierung ([17/10189](#)) befasst. Die Bedeutung Nordrhein-Westfalens als „Transitland für Strom“ werde zunehmen, so die Fraktion. Sie weist auf mehrere in der Nordsee gebaute Windparks hin. Der dort erzeugte Strom solle über Seekabel zum Festland und von dort weiter Richtung Süden geleitet werden. Die Fraktion hatte insgesamt 37 Fragen gestellt. Der Transformationsprozess des Energiesystems stelle das Energie- und Industrieland Nordrhein-Westfalen vor große Herausforderungen, heißt es in der Antwort der Landesregierung. Der Netzausbau müsse in enger Abstimmung mit dem Bund



und den beteiligten Ländern zügig vorange-
trieben werden, um Bürgerinnen und Bürger
sowie Industrie und Gewerbe auch künftig si-
cher mit Strom versorgen zu können. „Welche
Übertragungsleitungen für Strom in Deutsch-
land zukünftig erforderlich werden, wird über
den im Energiewirtschaftsgesetz festgelegten
Prozess der Netzentwicklungsplanung fortlauf-
end und umfänglich überprüft“, heißt es in der
Antwort.

Diabetes

26.8.2020 – Die SPD-Fraktion spricht sich dafür
aus, verbindliche Richtlinien für die Industrie zur
Zuckerreduktion in Süßgetränken, sogenann-
ten Softdrinks, in die nationale Diabetesstrategie
aufzunehmen. Die Landesregierung müsse
dazu eine Bundesratsinitiative anstoßen, heißt
es in einem Antrag („Vorgaben zur nationalen
Diabetesstrategie bleiben hinter den Erwartun-
gen zurück – Volkskrankheit Diabetes mellitus
muss endlich entschlossen bekämpft werden!“;
[17/10642](#)). Demnach ist Diabetes mellitus eine
der häufigsten Erkrankungen in allen Lebensal-
tern. Im Juli habe der Bundestag Vorgaben „für
die lang ersehnte ‚Nationale Diabetesstrategie‘“
beschlossen. Die Reduktion von Zucker in Soft-
drinks solle aber über eine freiwillige Verein-
barung mit der Industrie erreicht werden. Die
SPD-Fraktion betont: „Ohne verbindliche An-
gaben zur Zuckerreduktion handelt es sich nicht
um eine effektive Strategie zur Bekämpfung von
Diabetes.“ Der Antrag wurde zur weiteren Beratung
an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und
Soziales überwiesen.

Zulage für Ermittler

27.8.2020 – Polizistinnen und Polizisten in
Nordrhein-Westfalen, die Abbildungen von
Kindesmissbrauch auswerten, sollen eine Er-
schwerniszulage von 300 Euro im Monat erhal-
ten. Dies regen die Fraktionen von CDU
und FDP in einem gemeinsamen Antrag an
(„Starker Staat – auch bei der Fürsorgepflicht!
An der Seite der Ermittlerinnen und Ermittler,
die sich mit den Abgründen unserer Gesell-
schaft befassen müssen“, [17/10631](#)). Darüber
hinaus solle die Landesregierung beauftragt

werden, „die für die übertarifliche Zahlung
dieser Zulage an Tarifbeschäftigte notwendi-
ge Zustimmung der Tarifgemeinschaft deut-
scher Länder zu beantragen“. Im Antrag heißt
es u. a.: „Diese Arbeit stellt für die Ermittler
eine extreme körperliche wie auch psychische
Belastung dar.“ Die Zumutung liege für die Er-
mittler nicht allein im Betrachten der Bilder.
Besonders schwer zu ertragen sei der sexuelle
Missbrauch, der im Video abgebildet werde und
mit Ton unterlegt sei. Der Antrag wurde wie
auch ein Änderungsantrag der AfD ([17/10748](#))
zur weiteren Beratung an den Innenausschuss
(federführend) überwiesen.

Inklusion

27.8.2020 – Der Landtag hat sich mit dem An-
trag „Teilhabe von Menschen mit Behinderun-
gen neu und innovativ gestalten – Inklusion in
Nordrhein-Westfalen weiter voranbringen!“
der Fraktionen von CDU und FDP ([17/10632](#))
befasst. Sie verweisen darin auf den ersten
„Teilhabebericht Nordrhein-Westfalen“, den
die Landesregierung im Juli 2020 veröffentlicht
hat. Demnach leben in Nordrhein-Westfalen
mehr als 3,6 Millionen Menschen mit einer
Beeinträchtigung. Inklusion bleibe „eine ge-
sellschaftspolitische Daueraufgabe“, schreiben
die Fraktionen in ihrem Antrag. In diesem Jahr
laufe der Aktionsplan „Eine Gesellschaft für alle
– NRW inklusiv“ aus, der im Jahr 2012 von der
rot-grünen Vorgängerregierung beschlossen
worden war. Die Landesregierung habe bereits
angekündigt, auf Basis einer Auswertung des
Teilhabeberichts einen neuen Aktionsplan auf-
zustellen. Die Fraktionen befürworten dies und
fordern die Landesregierung auf, dabei u. a.
Verbände und Organisationen von Betroffenen
einzubeziehen. Der Antrag wurde wie auch ein
Entschließungsantrag der SPD ([17/10736](#)) zur
weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit,
Gesundheit und Soziales überwiesen.

Waffenrecht

27.8.2020 – „Straftaten mit legalen und illegalen
Waffen: Auf welcher Grundlage wird das Waf-
fenrecht verschärft?“ lautet der Titel einer Gro-
ßen Anfrage ([17/8210](#)) der AfD-Fraktion. Die

Anfrage und die Antwort der Landesregierung
([17/9883](#)) waren nun Thema im Plenum. Im
Zuge der Umsetzung einer EU-Richtlinie solle
das „ohnehin restriktive“ deutsche Waffenrecht
„erneut verschärft“ werden, schreibt die Frakti-
on. Als Begründung würden die Terroranschlä-
ge in Brüssel im März 2016 sowie das Attentat
von Halle im Oktober 2019 angeführt. In beiden
Fällen seien jedoch keine legal erworbenen Waf-
fen eingesetzt worden. Die Fraktion fragt u. a.
nach der Zahl waffenrechtlicher Erlaubnisse in
Nordrhein-Westfalen, nach Verstößen gegen
das Waffenrecht und nach Straftaten, bei denen
Schusswaffen eingesetzt wurden. Alle Fragen-
komplexe sind mehrfach untergliedert. Im Blick
hat die Fraktion dabei die Jahre 2014 bis 2019.
Die Beantwortung einiger Fragen sei „nicht mit
zumutbarem Aufwand möglich“ gewesen, heißt
es in der Antwort der Landesregierung. Auswer-
tungen für die Jahre 2014 und 2015 hätten „hän-
disch“ erfolgen müssen. Die Antwort umfasst
inklusive aller Anlagen insgesamt 1.176 Seiten.

Große Anfrage

27.8.2020 – Die „Rolle der Landesregierung
bei der Räumung des Hambacher Waldes im
Herbst 2018“ war Thema einer Großen Anfrage
([17/7893](#)) der Grünen-Fraktion. Es gebe „viele
ungeklärte Fragen im Zusammenhang mit der
von RWE beantragten Räumung des Hambacher
Waldes, den Weisungen des Bauministeriums
und der Bauaufsichtsbehörden sowie dem Han-
deln der Landesregierung an sich“. Ungeklärt sei
zudem die „Rolle der Staatskanzlei im Geflecht
der Gespräche zwischen Landesregierung und
RWE“. Die Fraktion hatte insgesamt 85 Fragen
gestellt. Der Landtag hat sich nun mit der Großen
Anfrage und der Antwort der Landesregierung
([17/8812](#)) befasst. „Vollständige Transparenz“
sei bereits „im Vorfeld der Beantwortung dieser
Großen Anfrage“ gegeben gewesen, schreibt die
Landesregierung u. a. in ihrer Antwort. Der The-
menkomplex „Räumung des Hambacher Forstes
im Jahr 2018“ sei vielfach im Plenum und in den
Ausschüssen beraten worden. Darüber hinaus
habe die Landesregierung zahlreiche Kleine An-
fragen beantwortet und umfassende Berichte
erstattet sowie den Abgeordneten freiwillig Ein-
sicht in 22 Aktenordner gewährt.

Stahlbranche in der Corona-Krise

Wirtschaftliche Lage bei ThyssenKrupp Thema im Landtag

27. August 2020 – Der wirtschaftliche Einbruch infolge der Corona-Pandemie hat die ohnehin angespannte Lage der deutschen Stahlbranche verschärft. In einer Aktuellen Stunde debattierte der Landtag über mögliche Unterstützung für den Essener Konzern ThyssenKrupp und für die gesamte Branche.

Die Aktuelle Stunde war von der SPD-Fraktion beantragt worden („Stahl ist Zukunft – wie reagiert die Landesregierung auf die aktuelle Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage in der Stahlsparte von ThyssenKrupp“, 17/10708). Anlass war den Angaben zufolge eine Interviewäußerung des Chefs der ThyssenKrupp-Stahlsparte, wonach die Lage aufgrund des coronabedingten Einbruchs etwa in der Automobilbranche „brutal“ sei.

SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty** sagte, die Lage der Stahlbranche sei ernst. Ihr setze die Corona-Krise zu. Zudem stehe sie vor der Herausforderung, auf eine klimaneutrale Produktion umzustellen. Notwendig seien dazu Investitionen von 30 bis 40 Milliarden Euro bis 2050. Dies könne kein Unternehmen aufbringen. Kutschaty forderte eine Fusion zwischen ThyssenKrupp und dem niedersächsischen Stahlhersteller Salzgitter AG. An dem neuen Konzern müssten sich die Bundesrepublik Deutschland und das Land Nordrhein-Westfalen beteiligen, um finanzielle Sicherheit für Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen.

Henning Rehbaum (CDU) betonte, die heimische Stahlproduktion sei von „enormer Bedeutung“ für die Wirtschaft, den Wohlstand und Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen

kümmerten sich um die Zukunft der gesamten Branche inklusive ThyssenKrupp. Entscheidend sei, dass deutscher Stahl wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt sei. Daher müsse der Schutz der Europäischen Union vor „Stahl zu Dumpingpreisen“ aus China erhalten bleiben. Benötigt werde ein weltweites Handelssystem für CO₂. Zudem müssten die Stahlhersteller bei ihrer Umstellung der Produktion auf Wasserstoff begleitet werden.

„Schlüsselindustrie“

Es sei offensichtlich zu wenig passiert, um den 27.000 Beschäftigten bei ThyssenKrupp eine klare Perspektive zu geben, sagte **Matthi Bolte-Richter** (Grüne). Deutschland und Nordrhein-Westfalen könnten in Europa zu einem „zentralen Innovationsstandort in der Stahlproduktion“ werden. Bei diesem Transformationsprozess spiele klimaneutral erzeugter „grüner Wasserstoff“ eine entscheidende Rolle. Die Stahlindustrie sei für Deutschland eine „Schlüsselindustrie“. Die Politik müsse Rahmen setzen und Planungssicherheit schaffen, damit die Unternehmen investieren können. Die Landesregierung tue dies nicht.

Die SPD verbreite „alte Verstaatlichungsideen“, sagte **Dietmar Brockes** (FDP). Die Landesre-

gierung unterstütze Unternehmen und Industrie seit der Regierungsübernahme, nicht erst in Krisenzeiten. Er erinnerte an das industriepolitische Leitbild, das „Kabinettsrang“ habe. Schon vor der Krise habe man durch die „Entfesselungspakete“ dafür gesorgt, „dass überzogene Bürokratie wieder zurückgedreht wird“. Brockes sprach die Initiative „IN4Climate.NRW“ an, bei der auch Unternehmen wie ThyssenKrupp unterstützt würden, „um die klimafreundliche Umstellung auf Wasserstoff hinzubekommen“. So sehe verantwortungsvolle Politik aus.

Subventionen seien staatliche Eingriffe in unternehmerisches Handeln und somit „Elemente des Sozialismus“, kritisierte **Christian Loose** (AfD) den Vorschlag der SPD. Die AfD-Fraktion lehne dies ab. Die Rahmenbedingungen für die Stahlbranche hätten sich „immer weiter verschlechtert“. Auf Bundesebene sei der „Kraftwerksneubaumarkt“ für die Stahlindustrie nach und nach zerstört worden. SPD und CDU hätten ein „gefährliches Klima“ für die Branche geschaffen. Aktuelle Subventionen in Wasserstofftechnologien bei der Stahlverarbeitung führten langfristig dazu, dass Stahl teurer werde.

Wirtschaftsminister **Prof. Dr. Andreas Pinkwart** (FDP) entgegnete, die Landesregierung befände sich in ständigen Gesprächen mit Unternehmen der Stahlbranche und mache auch in Berlin und Brüssel ihren Einfluss geltend, um optimale Rahmenbedingungen zu schaffen. Für Dezember sei ein Stahlgipfel in NRW geplant. ThyssenKrupp sei als größtes Stahlunternehmen in Nordrhein-Westfalen „systemrelevant“. Die Aufgabe des Staates bestehe aber nicht darin, unternehmerische Verantwortung zu übernehmen, sondern gezielt zu helfen, „wo die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens auch gewährleistet werden kann“.

wib, zab, tob



Thomas Kutschaty (SPD)

Henning Rehbaum (CDU)

Matthi Bolte-Richter (Grüne)

Dietmar Brockes (FDP)

Christian Loose (AfD)

Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP)

„Wunsch-Steine“ für den Landtag

Präsident Kuper startet Aktion zum Weltkindertag 2020

August/September 2020 – Zum diesjährigen Weltkindertag am 20. September 2020 hat der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, die „Aktion Wunsch-Stein – Eure Ideen für die Zukunft“ ins Leben gerufen. Kinder sollen ihre Wünsche für eine bessere Zukunft auf Steine malen.

Foto: Schälte

Mit einem großen und bunten Fest beteiligt sich der Landtag jedes Jahr am Weltkindertag. Eigentlich. Denn in diesem Jahr ist auch am 20. September wegen der Corona-Pandemie vieles anders. Der Tag wird natürlich wieder im Landesparlament gefeiert – aber mit einem kleineren Programm und natürlich unter Beachtung der Hygiene- und Abstandsregeln.

Herzstück der diesjährigen Landtags-Kampagne zum Weltkindertag ist eine Aktion, bei der Kinder ihre Ideen und Wünsche für eine bessere Zukunft auf Steine malen sollen. Diese Steine sollen sie am Sonntag, 20. September 2020, zum Parlamentsgebäude in Düsseldorf bringen – alle Steine zusammen sollen eine der längsten Steinketten Nordrhein-Westfalens bilden.

Der Präsident des Landtags, André Kuper: „Am Weltkindertag machen wir auf die besonderen Bedürfnisse und die Rechte von Kindern aufmerksam. Eine direkte Beteiligung unserer kleinen Mitbürgerinnen und Mitbürger liegt mir dabei besonders am Herzen. Mit unserer

Aktion wollen wir sie ermutigen, uns ihre Wünsche mitzuteilen. Damit wir für sie eine gute Zukunft gestalten können.“ An der Aktion können sich auch Kitagruppen und Grundschulklassen beteiligen.

Die Wünsche sollten auf glatte und etwas größere Steine gemalt und diese dann im Freien mit Haarspray oder Permanentspray besprüht werden, damit die Farbe nicht vom Regen weggespült wird. Jedes Kind erhält für seinen Stein ein Geschenk. Wer nicht am 20. September nach Düsseldorf kommen kann, legt die Steine auch gerne vorher schon ab oder gibt seinen Stein bei seinem Abgeordneten aus dem Wahlkreis ab.

Bereits in den vergangenen Wochen hatten Kinder in einer Mitmachaktion des Landtags Steine bemalt. So empfing Präsident Kuper am 21. August 2020 eine Gruppe von Fünftklässlern des Düsseldorfer Görres-Gymnasiums, die an einer Informationsveranstaltung des Landtags teilnahm und anschließend Steine für die

Kampagne bemalte. Mittlerweile liegen bereits mehrere hundert Steine auf dem Vorplatz des Landtags.

Der Weltkindertag 2020 steht unter dem Motto „Kinderrechte schaffen Zukunft“. Das Deutsche Kinderhilfswerk und Unicef Deutschland wollen mit diesem Motto darauf aufmerksam machen, dass die Verwirklichung der Kinderrechte einen entscheidenden Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung darstelle.

AKTION WUNSCH-STEIN
Eure Ideen für die Zukunft



Neben der „Aktion Wunsch-Stein“ erwartet die Besucherinnen und Besucher am 20. September ein kleines Programm. Am Rednerpult können Kinder eine Rede zu einem Thema ihrer Wahl halten und Fotos machen lassen. Sie erhalten zudem kindgerechte Informationen rund um den Landtag und die Arbeit der Abgeordneten.

Von 12 Uhr an bietet der Besucherdienst des Landtags jeweils zur vollen und zur halben Stunde Führungen für Kinder und ihre Begleitung an. Die letzte Führung beginnt um 17 Uhr. Um die Hygiene- und Abstandsregeln einhalten zu können, sind die Gruppen auf maximal 9 Personen begrenzt. Bitte melden Sie sich vorab für eine Führung an unter Tel. (0211) 884-2302.

Bei Fragen zur Aktion „Wunsch-Stein“: Tel. (0211) 884-2979 oder per E-Mail: nicole.esser@landtag.nrw.de. *red*

Mehr Informationen unter: <https://www.unicef.de/informieren/ueber-uns/fuer-kinderrechte/weltkindertag>



Am 29. Juli 2020 malten Pfadfinder aus Neuss „Wunsch-Steine“, die sie an Landtagspräsident André Kuper (M.) übergaben. Foto: Linauer



GESETZGEBUNG

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung des Landesamtes für Finanzen | [17/9828](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 26. August 2020 | verabschiedet

Siebtes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/9300](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 26. August 2020 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Landeswasserrechts | [17/9942](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 26. August 2020 | Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Gesetz über die Ausbildungsvergütung für Auszubildende in der einjährigen Ausbildung zur generalistisch ausgebildeten Pflegefachassistentin und zum generalistisch ausgebildeten Pflegefachassistenten in Nordrhein-Westfalen (Pflegefachassistenten-Ausbildungsvergütungsgesetz – PflfachassAvG) | [17/10652](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 26. August 2020 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Änderung des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung weiterer Vorschriften | [17/9842](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 26. August 2020 | verabschiedet

Gesetz zur Bildung von Vertretungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter | [17/7539](#) | SPD | 2. Lesung am 27. August 2020 | abgelehnt

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Stiftung für Hochschulzulassung“ und zur Änderung weiterer Gesetze im Hochschulbereich | [17/9830](#) und [17/10734](#) | Landesregierung | 3. Lesung am 27. August 2020 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes NRW | [17/8298](#) | Grüne | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/9801](#) | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes | [17/9787](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten und zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit sowie zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Vorschriften | [17/9829](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021 für das Land Nordrhein-Westfalen (Zensusgesetz 2021-Ausführungsgesetz NRW – ZensG 2021 AG NRW) | [17/8762](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Erleichterung des Zugangs zu amtlichen Informationen in Nordrhein-Westfalen | [17/8722](#) | Grüne | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur stärkeren Verankerung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in der Arbeit des Westdeutschen Rundfunks (FDGO-WDR-Gesetz) | [17/8417](#) | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes in Nordrhein-Westfalen – Einführung einer paritätischen Aufstellung der Wahllisten mit Frauen und Männern | [17/7753](#) | SPD und Grüne | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen | [17/4115](#) | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/3774](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Sorge um die Sorgenden

Sachverständige äußern sich zur „Care-Arbeit“

20. August 2020 – Das Kind liegt fiebernd im Bett, die eigenen Eltern sind pflegedürftig. Dann ist da noch der Haushalt. Meist sind es Frauen, die sich kümmern. Zusätzlich zum Job. Die Ausschüsse für Gleichstellung und Frauen, für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie für Familie, Kinder und Jugend haben sich in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Thema „Care-Arbeit“ befasst. „Care“ bedeutet übersetzt „Sorge“ oder „Pflege“. Sachverständige äußerten sich zu einem Antrag der Grünen-Fraktion.

Die Fraktion fordert in ihrem Antrag (17/8765) mehr Anerkennung und Unterstützung für die sogenannte Care-Arbeit. Dazu zählen nach Angaben der Grünen u. a. Sorge- und Pflegearbeit für Kinder und andere Angehörige, Hausarbeit, Ehrenamt und Nachbarschaftshilfe. Besonders betroffen seien Frauen, sie leisteten die meiste „Sorgearbeit“. Die Fraktion fordert u. a. einen landesweiten Care-Bericht sowie mehr Unterstützung durch „haushaltsnahe Dienstleistungen“. Beim Bund solle die Landesregierung auf verbesserte Pflegezeitregelungen sowie Einführung einer Lohnersatzleistung für Pflegenden hinwirken.

„Umsetzungsproblem“

„Obwohl nicht erst seit der Corona-Pandemie klar sein müsste, dass die deutsche Wirtschaft ohne die überwiegend von Frauen geleistete unbezahlte Care-Arbeit nicht überlebensfähig wäre, wird darauf nach wie vor als kostenlose, vermeintlich unversiegbare Ressource zurückgegriffen“, so Prof. i. R. Dr. Uta Meier-Gräwe (bis 2018 Lehrstuhl für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen) in ihrer Stellungnahme für die Ausschüsse. Die im Antrag gestellten Forderungen seien „allesamt überfällig und wurden auch von anderen Parteien, Verbänden und Kommissionen mit gewissen Nuancierungen bereits vorgebracht“. Folglich gebe es bundesweit „kein Erkenntnis-, sondern ein veritables Umsetzungsproblem“.

Die Initiative der Grünen sei begrüßenswert, schreibt die Psychologin und Pädagogin Dr. Barbara Stiegler (Bonn). Veränderungen könnten jedoch nicht allein auf Landesebene umgesetzt werden. Es seien „gewaltige Korrekturen im Erwerbssystem und im Sozialsystem“ erforderlich, die auf Bundesebene ansetzen müssten. Das familienbasierte Care-System führe „nicht nur zur individuellen Überforderung der Betroffenen, sondern entspricht auch generell nicht dem Interesse vieler Frauen und Männer und schon gar nicht dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit“.

Es sei notwendig, „Strukturen zu stabilisieren und zu unterstützen, die eine gleichberechtigte Aufteilung von Care-Arbeit ermöglichen“, heißt es in einer Stellungnahme der Arbeiterwohlfahrt, Bezirk Westliches Westfalen. Ein „Bericht über die aktuelle Situation unter wissenschaftlichen Kriterien“ sei zu begrüßen. Bei einer „kontinuierlich ansteigenden Zahl von Pflegebedürftigen“ sei es „dringend notwendig, Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige zu stärken und finanzielle Absicherung zu gewährleisten“.

„Care- und Sorgearbeit und ehrenamtliches Engagement machen auch in Kirche und Diakonie die professionelle entlohnte Tätigkeit in vielen Bereichen erst möglich“, so die Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe. Dabei zeige sich, dass „die unentgeltliche Seite ein eher weibliches, die entlohnte Arbeit ein eher männliches Gesicht hat“. Die Diakonie sprach sich für eine bessere Unterstützung der Betroffenen durch Angebote haushaltsnaher Dienstleistungen aus.

Care-Arbeit sei noch immer „weiblich konnotiert“, schreibt Prof. Dr. Irene Gerlach

vom Forschungszentrum Familienbewusste Personalpolitik (Münster). Auch innerhalb der Familien verbleibe die „Hauptlast für Kinderbetreuung, Pflege und Hausarbeit bei Frauen und Müttern“. Eine mögliche Entlastung seien haushaltsnahe Dienstleistungen. Wichtig sei, dass Förderungen nicht innerhalb zeitlich begrenzter Projekte erfolgten: „Die Nutzenden brauchen langfristige Planungssicherheit.“

Als Teil der Landesinitiative „Frau und Wirtschaft“ des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung trügen die Kompetenzzentren in den Wirtschaftsregionen „maßgeblich dazu bei, eine frauen- und familienfördernde Personalpolitik in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu etablieren“, so das Kompetenzzentrum Frau und Beruf Düsseldorf/Kreis Mettmann. Eine solche Personalpolitik stärke die Wettbewerbsfähigkeit gerade kleiner und mittelständischer Unternehmen und sei die „Basis der beruflichen Chancengleichheit von Frauen und Männern“. Man begrüße den Antrag, insbesondere mit Blick auf flexible Arbeitszeitmodelle durch Arbeitszeitkonten, Homeoffice-Regelungen oder Teilzeitausbildungsmöglichkeiten. zab

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.



Foto: Schälte

SCHWERPUNKT

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Care-Arbeit“



Care-Arbeit ist in der internationalen Wissenschaft der gebräuchliche Begriff für Sorgearbeit und umfasst Tätigkeiten der Sorge, Betreuung und Zuwendung für sich und andere. Gemeint sind alle Arten von Sorgetätigkeiten, sowohl professioneller wie privater Art. Es geht um Pflegeleistungen, um Kinderbetreuung, um Hausarbeit, um ehrenamtliche Tätigkeiten und um viele weitere Tätigkeiten, die unverzichtbar sind und doch in den meisten Fällen unsichtbar und als selbstverständlich eingeordnet werden.

... war, ist und bleibt systemrelevant. Ohne sie wäre unser Zusammenleben nicht möglich. Bis heute ist Care-Arbeit ungleich verteilt. Das gilt für unbezahlte und bezahlte Care-Arbeit und für die Verteilung der Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern. Care-Arbeit bleibt zu häufig unsichtbar.

Frauen erledigen sowohl im privaten, unbezahlten Bereich als auch im professionellen Bereich überwiegend die Aufgaben der Care-Arbeit. Frauen übernehmen auch heute noch oft alleine die Betreuungs- und Sorgearbeit. Das konfrontiert sie mit der Doppelbelastung von Erwerbs- und Hausarbeit. Wir brauchen ein Umdenken und eine zeitpolitische Gesamtstrategie, um die systemrelevanten Aufgaben der Care-Arbeit gleichmäßiger zu verteilen.

... leisten den Hauptteil der Care-Arbeit. Das gilt für unbezahlte Care-Arbeit in der Familie oder im Ehrenamt, wie für bezahlte Care-Arbeit in den unterschiedlichsten Pflegeeinrichtungen. Würden Frauen, die Care-Arbeit leisten, streiken, brähe unser gesellschaftliches Leben zusammen. Wir brauchen Anreize, um Care-Arbeit gerechter aufzuteilen und sichtbarer zu machen.

Haushaltsnahe Dienstleistungen sind ein ausbaufähiges Instrument. Angebote müssen gesteigert werden, um Care-Leisende zu unterstützen und zu entlasten. Die bestehenden Angebote müssen für Interessierte besser zugänglich gemacht werden. Dafür müssen bereits bestehende digitale Plattformen weiterentwickelt und Informations- und Aufklärungskampagnen genutzt werden. Hier besteht zudem noch großes Potential zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

... in den Familien wären eine enorme Entlastung und ein Zugewinn an gemeinsamer Familienzeit. Das ist ein Befund aus der Enquete „Zukunft der Familie“. Deshalb finden wir ein Gutscheinsystem für haushaltsnahe Dienstleistungen unterstützenswert.

Finanzielle Unterstützung wird auf politischer Ebene erarbeitet. Verbesserte Pflegezeitregelungen sowie mögliche Lohnersatzleistungen für Pflegenden werden geprüft. Gestaltungsmöglichkeiten bietet das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG). Unterstützungsangebote für pflegebedürftige Menschen und ihre pflegenden Angehörigen im Alltag hat die Landesregierung mit einer Verordnung geschaffen, die auch Beschäftigungen in den Haushalten pflegebedürftiger Menschen regelt.

... für Care-Arbeit würde Anreize für eine gerechtere Aufteilung schaffen. Für die Gruppe alleinerziehender Familien, die ein erhöhtes Armutsrisiko haben, würde sie Entlastung und Unterstützung bedeuten. Darüber hinaus wäre sie auch Ausdruck von Wertschätzung der Care-Arbeit, die Tag für Tag in den Familien geleistet wird.



... ist ein Stützpfiler unserer Gesellschaft und ein wichtiges gleichstellungspolitisches Thema. Vorgegebene Rollenbilder sind Hürden, die wir überwinden wollen, sowohl bei der erwerbsmäßigen wie auch bei der nicht erwerbsmäßigen Care-Arbeit. Unser Ziel ist, dass sich jeder Mensch, unabhängig vom Geschlecht frei entfalten kann und die gleichen Verwirklichungschancen bekommt. Denn Vielfalt bereichert unsere Gesellschaft.

... ist gesellschaftlich unverzichtbar, sie ist mehr als eine kostenlose Ressource. Nicht zuletzt ist es die unbezahlte Sorgearbeit, die, als mehr oder weniger sichtbare Kraft, unsere Marktwirtschaft unterstützt. Care-Arbeit ist damit so etwas wie der weibliche Zwilling der oftmals männlich konnotierten Erwerbsarbeit. Trotzdem ist sie nicht nur weniger sichtbar, sie wird auch wenig wertgeschätzt und zu wenig unterstützt.

... ist die Fortschreibung des veralteten Begriffs der reproduktiven Tätigkeit. War damit früher nur das häusliche Wirken der nicht erwerbstätigen Frau gemeint, umfasst er heute auch Berufszweige in der Fürsorge. Gleich bleibt, dass diese Aufgaben für unser Zusammenleben unverzichtbar sind – gleich bleibt leider auch die nach wie vor erschreckend geringe Anerkennung dieser wertvollen Arbeit.

... sind immer noch Hauptlastträger der erwerbslosen Sorgearbeit, also die Sorge um die Kinder, die Sorge um pflegebedürftige Personen sowie die Haushaltsführung. Jede Familie sollte sich so flexibel wie möglich selbst organisieren können und dürfen. Aufgabe der Politik ist es, den Rahmen zu schaffen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird durch das neue KiBiz von FDP-Familienminister Stamp weiter verbessert.

... sind die tragenden Säulen der Sorgearbeit. Die Frage der Verteilung von Care-Arbeit ist ein wichtiger Indikator für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Die meiste Sorgearbeit wird von Frauen geleistet: Im Schnitt leisten sie 52,2 Prozent mehr Care-Arbeit pro Tag als Männer. Während Frauen durchschnittlich 4 Stunden und 13 Minuten für Care-Tätigkeiten aufwenden, sind es bei Männern im Durchschnitt 2 Stunden und 45 Minuten. Das muss sich ändern.

... übernehmen meist freiwillig den Löwenanteil der Fürsorge innerhalb der Familie. Die Erziehung und Versorgung der Kinder oder die Pflege älterer Angehöriger wird vorrangig von Frauen geleistet. Anstatt permanent zu beklagen, dass Frauen eindeutig mehr in diesem Bereich machen als Männer, sollte man ihnen danken und ihre Bereitschaft, sich um andere zu kümmern, höher wertschätzen.

... können ein Lösungsansatz sein. Die Politik kann über gute Rahmenbedingungen für moderne und flexible Arbeitszeit und eine Stärkung des digitalen Arbeitens die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern. Dadurch können dann auch klassische Rollenmuster aufgebrochen werden.

... können, neben einer verlässlichen Betreuungsinfrastruktur für Kinder, Familien bei der Bewältigung ihres Alltags entlasten. Allerdings nehmen laut Familienbericht NRW nur 6 Prozent der Familien solche Dienstleistungen in Anspruch. Es sind insbesondere ökonomisch bessergestellte Familien, die auf die Unterstützung durch haushaltsnahe Dienstleistungen zurückgreifen (können). Doch würden weit mehr Familien sich eine derartige Unterstützung wünschen.

... können eine Entlastung sein. Wer seine Mutter pflegt und eigene Kinder zu versorgen hat, leidet unter der Last des eigenen Haushalts. Man darf dabei jedoch nicht vergessen, dass Haushaltshilfen meist Frauen sind, die auch eine eigene Familie und einen Haushalt haben. Fatal wäre hier die Zuspitzung der sozialen Kluft: die Entlastung der Privilegierten auf dem Rücken schlecht bezahlter Reinigungskräfte.

... hilft, aber die Arbeitswelt muss sich so weiterentwickeln, dass jeder in die Lage versetzt wird, individuell darüber zu entscheiden, wer wann wie eine berufliche Karriere macht, sich um die Kinder oder um Angehörige kümmert und wer eine Auszeit nimmt, ohne im Nachhinein massive finanzielle Verluste in Kauf zu nehmen.

... benötigen insbesondere Alleinerziehende. Sie könnten beispielsweise durch Gutscheine für haushaltsnahe Dienstleistungen entlastet werden. Erste Modelle zur Unterstützung solcher sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurden beispielsweise über ein solches Gutscheinmodell in Baden-Württemberg erprobt.

... beispielsweise in Form eines Gutschein-Systems für haushaltsnahe Dienstleistung wie in Belgien macht wenig Sinn. Die Subventionen sollten zielführender eingesetzt werden. Elternschaft oder die Pflege Angehöriger muss sich besser im Rentenanspruch widerspiegeln. Ein Elterngeld, wie es die AfD fordert, würde vielen Eltern in den ersten Jahren der Kindererziehung spürbare Entlastung bieten.

„Verfassungsmäßige Rechte

18. August 2020 – Die Zahl der Petitionen, die den Landtag erreicht haben, ist im ersten Halbjahr 2020 deutlich gestiegen. Von 3.300 Eingaben hatten 800 einen Bezug zur Corona-Pandemie. Der Vorsitzende des Petitionsausschusses Serdar Yüksel (SPD) und sein Stellvertreter Thomas Schnelle (CDU) über Petitionen, die den Ausschuss in Corona-Zeiten besonders beschäftigt haben.

Herr Yüksel, Herr Schnelle, kommen die Mitglieder des Petitionsausschusses derzeit nach, alle Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zu bearbeiten, die den Ausschuss erreichen?

Serdar Yüksel: Wir haben es seit Beginn der Corona-Pandemie mit einer besonderen Situation zu tun. Wir tagen nicht in voller Stärke mit allen 21 Abgeordneten des Ausschusses, sondern nur mit den Obleuten der Fraktionen in dezimierter Zahl. Aber alle Mitglieder des Ausschusses bekommen Akten mit eingegangenen Petitionen regelmäßig nach Hause oder ins Büro geschickt und bearbeiten sie dort. Bei dringlichen Anfragen führen wir nach wie vor auch sogenannte Erörterungen durch – nach Artikel 41a der Landesverfassung. Dazu laden wir Petentinnen und Petenten sowie Vertreterinnen und Vertreter von Behörden, gegen die sich Beschwerden richten, zu einem Gespräch ein. Sitzungen und Erörterungen haben seit Beginn der Pandemie also durchgängig stattgefunden, weil wir gesagt haben: Demokratie kennt keine Pause, auch die verfassungsmäßigen Rechte der Petentinnen und Petenten kennen keine Pause, die kann man nicht suspendieren.

Thomas Schnelle: Wir haben als Ausschuss durchgearbeitet und schon zu Beginn der Pandemie angefangen, Sprechstunden

für Bürgerinnen und Bürger, bei denen sie ihre Anliegen normalerweise vor Ort vortragen, per Telefon und Videochat anzubieten. Ich erinnere mich noch an eine der ersten Sprechstunden. Da beschwerte sich ein älteres Ehepaar. Beide hatten Boules auf der Aschbahn eines Sportplatzes gespielt, der im Zuge der Corona-Einschränkungen gesperrt worden war. Sie sollten ein saftiges Bußgeld von rund 500 Euro bezahlen. Wir haben Kontakt mit der Gemeinde aufgenommen. Es zeigte sich: Deren Verwaltung war zwischenzeitlich selbst klargeworden, dass das Bußgeld zu hoch ausgefallen war. Bevor das Paar eine Petition schreiben konnte, war der Fall auch schon erledigt. Das Bußgeld wurde zurückgenommen.

Sie kommen gerade aus einer Sitzung des Petitionsausschusses, der heute getagt hat. Was sind im Moment die vorherrschenden Themen, mit denen sich der Ausschuss beschäftigt?

Serdar Yüksel: Vielfach geht es um Kita- und Schulöffnungen. Das Thema begleitet uns seit Beginn der Corona-Pandemie. Auch zu Besuchsverboten von Angehörigen in Alten- und Seniorenheimen oder im Krankenhaus haben uns viele Petitionen erreicht, ebenso zur Maskenpflicht – ein Riesenthema – sowie zu

wirtschaftlichen Corona-Hilfen. Am häufigsten beschäftigen wir uns aber mit Angelegenheiten des Sozialrechts. Mal geht es um die Grundsicherung oder Anliegen von Schwerbehinderten, mal um Lesehilfen oder Pflegehilfsmittel, die eine Krankenkasse oder Pflegekasse nicht genehmigt. Sehr viele Petitionen erreichen uns auch zu ausländerrechtlichen Angelegenheiten und zu Themen rund ums Baurecht, Wohnen, den Verkehr und Anliegen, die die Umwelt betreffen.

Massenpetition

Thomas Schnelle: Petitionen zu coronabedingten Themen haben in den vergangenen Monaten deutlich zugenommen. Anfangs ging es oft um Abiturprüfungen. Aus dem Kreis Heinsberg, aus dem ich komme, erreichte uns beispielsweise eine Massenpetition, die darauf drängte, die Prüfungen auszusetzen. Man muss dazu sagen: Der Kreis Heinsberg war besonders betroffen, weil Schulen dort drei Wochen früher schließen mussten als im Rest des Landes. Das Schulministerium hat letztlich eine Sonderregelung für den Kreis getroffen, mit der Prüfungstermine nach hinten verschoben werden konnten. Daran merkt man, dass wir es bei der Corona-Pandemie mit einem dynamischen Prozess zu tun haben und sich die Rechtslage häufig ändert. Manchmal hat sich eine Petition schon nach wenigen Wochen erledigt. Das war auch bei einer Beschwerde zu Corona-Tests für Beschäftigte in Kitas der Fall, über die wir heute gesprochen haben. Mittlerweile ist aber entschieden worden, dass sich Erzieherinnen und Erzieher kostenlos testen lassen können. Der Anlass der Beschwerde war damit hinfällig.

Serdar Yüksel: Angesichts der dynamischen Situation versuchen wir, schnell eine Lösung herbeizuführen. Gerade in Krisen kann man nicht über Monate auf eine Antwort warten. Das haben wir auch bei Petitionen zu wirtschaftlichen Corona-Hilfen

Thomas Schnelle

Fotos: Schälte

kennen keine Pause“

bemerkt. Die Hilfen sind umfassend geregelt, aber manche Unternehmen fallen durch ein Raster, wenn ihr spezieller Fall in einer Verordnung nicht geregelt ist. Wir nehmen dann unmittelbar Kontakt zu den zuständigen Behörden auf. Durch den Austausch entstehen auf allen Seiten neue gewinnbringende Perspektiven, sodass eine erhöhte Transparenz auch dazu führen kann, dass die Perspektive der Petentinnen und Petenten mehr Gewicht bei den Behörden erfährt.

Funktion als Mediator

Thomas Schnelle: Manchmal gelingt es, Ermessensspielräume zu nutzen oder durch eine neue Draufsicht eine andere Entscheidung herbeizuführen. Aber natürlich wird das Begehren eines Petenten oder einer Petentin nicht immer positiv beschieden. Dennoch erhalten Bürgerinnen und Bürger eine ausführliche Begründung, besonders wenn wir Erörterungen durchführen, und sie können womöglich besser nachvollziehen, warum eine Behörde so entschieden hat und nicht anders. Einen solchen Fall hatte ich erst vergangene Woche. Die Erörterung im Landtag hat drei Stunden gedauert. Am Ende hat die Behörde ihre Entscheidung nicht geändert, aber die Petenten gingen zufriedener aus dem Gespräch, als sie hineingegangen sind. Wir sind also auch eine Art Mediator.

Der Petitionsausschuss wird häufig als „Seismograf der Gesellschaft“ bezeichnet, der ausschlägt, wenn Sorgen und Nöte größer werden. Nun erreichen den Ausschuss mehr Anfragen. Was bedeutet das mit Blick auf die Corona-Pandemie?

Thomas Schnelle: Wenn man den Ausschuss als Seismograf der Gesellschaft oder der politischen Arbeit bezeichnet, merken wir mit Blick auf Corona, dass wir es mit einer ganzen Bandbreite von Meinungen zu tun haben. Den einen gehen Lockerungen nicht weit genug, anderen gehen sie zu weit. Die einen wollen mehr Verbote, die anderen weniger. Zwischen diesen beiden Polen bewegen sich die Petitionen. Seismograf sind wir aber auch in anderen Dingen. Aktuell erreichen mich beispielsweise vermehrt Petitionen aus dem Schwer-

behindertenrecht, bei denen es um Schwierigkeiten mit Parkausweisen geht. Da scheinen derzeitige Richtlinien nicht mehr adäquat an den Bedürfnissen von Betroffenen ausgerichtet zu sein. Ich denke, da muss man tätig werden.

Serdar Yüksel: Wenn uns Petitionen aus einer Region oder zu bestimmten Themen gehäuft erreichen, lässt sich daraus eine gewisse Stimmung in der Gesellschaft ablesen, nicht nur bei Corona. Wir hatten das auch bei anderen Themen, etwa bei Dichtheitsprüfungen für Abwasserleitungen oder beim Stichtag, ab dem Kinder eingeschult werden. In solchen Fällen geben wir einen Hinweis an den zuständigen Fachausschuss, damit dort darüber diskutiert wird, ob der Gesetzgeber nachsteuern sollte. Abgeordnete sind gut beraten, sich ständig zu fragen, ob politische Maßnahmen, die man getroffen hat, noch verhältnismäßig und nachvollziehbar sind. Darauf hinzuweisen, ist als Ausschuss eine unserer Aufgaben.

Seit Beginn der Corona-Pandemie wird viel über die Einschränkung von Freiheits- und Persönlichkeitsrechten diskutiert. Schlägt sich dies auch in den Petitionen nieder?

Serdar Yüksel: Ja, im Moment vor allem bei Petitionen zur Maskenpflicht. Man muss auch ehrlicherweise sagen: Wenn man Freiheits- und Bürgerrechte einschränkt, muss das gut begründbar, verhältnismäßig und nachvollziehbar sein. Sonst findet es auch keine Akzeptanz. Und deshalb sind wir auch ein Seismograf für die verfassungsmäßigen Rechte der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen. Da hat die Politik die Aufgabe, genau zu erklären, warum sie welche Maßnahme trifft. Wer prüfen

lassen will, ob die Entscheidung einer Behörde verhältnismäßig und geboten ist, kann sich an den Petitionsausschuss wenden. Bürgerinnen und Bürger sollen wissen: Es gibt eine Instanz, die sich kostenlos für sie einsetzt, die barrierefrei ist und Beschwerden entgegennimmt. Wir helfen übrigens auch, wenn jemand nicht weiß, wie eine Petition aufzusetzen ist, und wir nehmen Petitionen auf einem Bierdeckel entgegen.

Das Interview führte Thomas Becker

Petitionsausschuss

Alle Bürgerinnen und Bürger können Petitionen einreichen, auch Kinder, Jugendliche, ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger und Gruppen wie Vereine, Schulklassen oder Bürgerinitiativen. Fragen beantwortet das Petitionsreferat des Landtags unter Telefon (0211) 884-2143/-4248 oder per E-Mail an petitionsausschuss@landtag.nrw.de. Eine Petition muss schriftlich eingereicht werden, Namen und Adresse des Absenders enthalten und unterschrieben sein. Über die Internetseite des Landtags www.landtag.nrw.de (Petitionen/Online Petition) können Petitionen auch online eingereicht werden. Wenn gerichtliche Verfahren anhängig sind oder in privatrechtlichen Auseinandersetzungen, ist der Petitionsausschuss nicht zuständig.



Serdar Yüksel

Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Schluss mit Wegschauen im Kampf gegen Kindesmissbrauch

Die Fälle von Kindesmissbrauch in Lügde, Bergisch Gladbach und Münster haben Abscheuliches ans Licht befördert. Viel zu lange wurde weggeschaut und geschwiegen. Damit ist jetzt Schluss. Für uns steht der Schutz der Kleinsten und Schwächsten an erster Stelle.

Daher setzen wir uns für härtere Bestrafungen von Kindesmissbrauch und des widerlichen Geschäfts mit dessen Darstellung ein. Gemeinsam mit der FDP-Landtagsfraktion haben wir im Juni-Plenum einen Antrag auf den Weg gebracht, damit der sexuelle Missbrauch sowie die Verbreitung und der Besitz von Bildern dieses Missbrauchs strafrechtlich als Verbrechen eingestuft und mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr bestraft werden kann.

Auch der Begriff „Kinderpornografie“ muss gestrichen werden, weil er irreführend ist. Hier-

bei geht es um die systematische Zerstörung der Kinderseelen und das darf nicht begrifflich beschönigt werden.

Für die CDU-Landtagsfraktion NRW ist auch klar, dass Datenschutz nicht vor Opferschutz gehen darf. Wir brauchen eine offene Debatte über die Möglichkeiten der Vorratsdatenspeicherung, um pädokrime-nellen Tätern das Handwerk zu legen.

Für uns gilt beim Kampf gegen Kindesmissbrauch eine Null-Toleranz-Politik, um den Sumpf auszutrocknen und unsere Kinder wirksam zu schützen.

Ein weiterer Punkt, der uns wichtig ist, ist eine Diskussion über Ausnahmen von der Schweigepflicht nach österreichischem Vorbild beim Verdacht einer Kindeswohlgefährdung sowie über die Option einer bundesweiten

Datenbank für Ärzte mit Verdachtsfällen von Misshandlung und Missbrauch, um dem sogenannten Doctor-Hopping einen Riegel vorzuschieben. In 90 Prozent der Verdachtsfälle, bei denen das Kompetenzzentrum Kinderschutz NRW (dort beraten Mediziner, wenn unklar ist, ob ein Kind Gewalt erfahren hat) in dessen erstem Jahr zurate gezogen wurde, entpuppten sich als Fälle von Missbrauch oder Misshandlung.

Der Schutz der Kleinsten und Schwächsten ist für uns eine Herzensangelegenheit und steht an erster Stelle im Kampf gegen Kindesmissbrauch.



Modern, User-freundlich und sicher: Neuer Internetauftritt der SPD-Fraktion im Landtag NRW

Ein frisches Design und die wichtigsten Inhalte auf einen Blick – das bietet die neue Website der SPD-Fraktion im Landtag NRW. In der Sommerpause wurde die Online-Präsenz der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten rundum erneuert.

Thomas Kutschaty, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag NRW, freut sich: „Ich finde, das sieht jetzt klasse aus. Hinter so einem Projekt steckt natürlich jede Menge Arbeit. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben einen hervorragenden Job gemacht.“

Die neue Struktur der Homepage ermöglicht Nutzerinnen und Nutzern einen schnelleren Zugriff auf aktuelle Positionen. Die



SPD-Abgeordneten erhalten über zusätzliche Blogfunktionen eine erneuerte Plattform, um inhaltlich Stellung zu den Schwerpunktthemen der Fraktion zu beziehen.

Wie rund ein Drittel aller Websites weltweit basiert der Internetauftritt auf WordPress-Tech-

nik. Auch der Datenschutz der Nutzerinnen und Nutzer bleibt gewahrt: Die SPD-Fraktion im Landtag NRW erfasst so wenig Daten wie möglich von den Menschen, die sich auf der Seite informieren.

„Gerade bei digitalen Angeboten stellt sich immer die Herausforderung, eine moderne und sichere Kommunikation auf neuestem Stand zu gewährleisten. Da steckt der Teufel häufig im Detail. Umso mehr freuen wir uns, dass die neue Seite im Sommer an den Start gehen konnte“, fasst Kutschaty zusammen.

Hier geht's zum erneuerten Angebot der SPD-Fraktion im Landtag NRW: www.spd-fraktion-nrw.de



FDP-Landtagsfraktion: Auftakt der digitalen Veranstaltungsreihe „Schlaglichter“

Die FDP-Fraktion hat im August ihre neue digitale Veranstaltungsreihe „Schlaglichter“ gestartet. Damit will die Fraktion den Dialog über die Parlamentarische Arbeit wieder verstärken und verlässlicher Ansprechpartner auch in der Pandemie sein. Den Auftakt der Reihe machte das Thema „Die nordrhein-westfälische Konjunktur in und nach der Corona-Krise“.

Im Landtag saßen die Diskutanten Ralph Bombis, Sprecher für Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk der FDP-Landtagsfraktion, und Dr. Matthias Mainz von der IHK NRW durch Acrylglas getrennt. Digital zugeschaltet war Prof. Dr. Michael Hüther vom Institut der deutschen Wirtschaft. Nach kurzen Impulsvorträgen der Fachreferenten stellten die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger ihre Fragen an den Abgeordneten und die Sachverständigen.



Prof. Dr. Hüther äußerte sich vorsichtig optimistisch hinsichtlich der weiteren konjunkturellen Entwicklung und lobte das Konjunkturprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen. Dr. Matthias Mainz legte besonderes Augenmerk auf die derzeitigen Probleme der Gastronomen und bescheinigte der Landesregierung und den NRW-Kommunen pragmatische Lösungen, wie die Bestuhlung von öffentlichen Flächen, die Gastronomen nach besten Kräften unterstützen.

Ralph Bombis unterstrich die starke Handlungsfähigkeit des Landes Nordrhein-Westfalen. Die FDP-Landtagsfraktion habe sich unmittelbar für nachhaltige und zielorientierte Wachstumsimpulse für die nordrhein-westfälische Wirtschaft eingesetzt und die Maßnahmen mit umgesetzt und eng begleitet. Mit Verweis auf notwendige Maßnahmen im Bund betonte er, dass die Freien Demokraten eigenkapitalstärkende Maßnahmen wie eine negative Gewinnsteuer unterstützen.

Die Online-Veranstaltungsreihe „Schlaglichter“ der FDP-Fraktion findet jeden Dienstag von 18 bis 19 Uhr statt.



Modellversuch Bürgerticket

Die hohen Preise für die Nutzung des Nahverkehrs in NRW werden häufig kritisiert. Viele Bürgerinnen und Bürger geben an, sie würden öfter mit Bus und Bahn fahren, wenn dies deutlich preiswerter wäre. Auch erscheinen die vielen unterschiedlichen Tarifzonen und regionalen Verkehrsverbundsgrenzen vielen Menschen unlogisch und intransparent. Die „Bürgerticket Initiative Wuppertal“ hat nun ein Konzept für ein „Solidarisches Bürgerticket“ erarbeitet, das allen Bürgerinnen und Bürgern einer Kommune die fahrscheinlose Nutzung des ÖPNVs in ihrer Stadt ermöglicht. Dies geschieht mit einer sozial gestaffelten pauschalen Abgabe – ähnlich wie das Semesterticket für Studierende. Auch heute schon finanzieren die Bürgerinnen und Bürger über Abgaben und Steuern den ÖPNV mit, ihn nutzen dürfen aber bislang nur

Fahrgäste mit gültigem Fahrschein. Wir GRÜNE greifen dieses Konzept nun mit einem eigenen Antrag auf. Dazu haben wir vorab in einem Gutachten die rechtlichen Rahmenbedingungen klären lassen, unter denen das „solidarische Bürgerticket“ möglich wäre. Demnach müssten dazu im Kommunalabgabengesetz und im ÖPVG NRW nur einige wenige Punkte an-



gepasst werden. In unserem Antrag, den unser Fraktionsvorsitzender Arndt Klocke (Bild) auf einer Pressekonferenz vorstellte, fordern wir die Landesregierung dazu auf, diese Anpassungen vorzunehmen. Kommunen, die eine alternative ÖPNV-Finanzierung vor Ort im Rahmen von Modellprojekten erproben möchten, erhalten damit die Möglichkeit dazu. Wir hoffen, dass der Antrag eine Mehrheit im Landtag findet und viele Kommunen diese Experimentierklausel nutzen, um ihren Nahverkehr vor Ort preiswerter und attraktiver zu machen.



Für unsere Bauern gibt es keine Ferien!

In den Parlamentsferien, die zeitgleich mit den Schulferien stattfinden, macht der Landtag nicht etwa Urlaub, es finden lediglich keine Sitzungen statt während dieser sechs Wochen. Natürlich sollen sie auch zur Erholung genutzt werden, aber die tägliche Arbeit der Parlamentarier geht meist ganz normal weiter; sie verlagert sich häufig nur nach außerhalb des Landtags. Manche nutzten die Zeit zur Vorbereitung auf die Kommunalwahlen im September, andere erarbeiteten aufwändige Anfragen oder Anträge, für die vorher die Zeit fehlte. Wobei von „Normalität“ in der Corona-Krise ohnehin keine Rede sein kann: In diesen Tagen wird nicht nur das



tägliche Leben jedes einzelnen Bürgers spürbar beeinträchtigt, in vielen Branchen müssen die Menschen sogar um ihre Existenz kämpfen. Dazu gehören u.a. auch unsere Landwirte, die zusätzlich von einem äußerst trockenen Sommer, oder – wie im Falle der Milchbauern – einem ruinösen Preiskampf auf europäischer Ebene gebeutelt werden.

Um sich ein realistisches Bild von den aktuellen Problemen in der Landwirtschaft zu machen, besuchte der parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Andreas Keith, in den Parlamentsferien auch einige Höfe in NRW. Und war sichtlich beeindruckt: „Unseren Bauern, die bei Wind und

Wetter jeden Tag in der Woche von 4 Uhr morgens bis in den späten Abend ihrer Arbeit nachgehen, damit wir täglich hochwertige und frische Lebensmittel bekommen, kann man gar nicht genug Wertschätzung entgegenbringen“, stellte Keith, selbst Mitglied im Ausschuss für Landwirtschaft, fest und ergänzte: „Bei meinen Besuchen habe ich auch erleben dürfen, was es heißt, bei 34°C im Schatten einer knüppelharten Arbeit nachzugehen. Und wie verantwortungsvoll und mit wieviel Liebe unsere Landwirte mit ihren Tieren umgehen.“



Kommunalwahlen 2020: Demok

September 2020 – Am Sonntag, 13. September 2020, finden in Nordrhein-Westfalen die Kommunalwahlen statt. Auf Initiative des Präsidenten des Landtags, André Kuper, und der Landesvorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Anja Weber, ruft ein breites gesellschaftliches Bündnis die Bürgerinnen und Bürger auf, sich an den Wahlen zu beteiligen.

Neuwahlen finden für die kommunalen Parlamente sowie für viele Spitzen von Städten, Gemeinden und Kreisen statt. Am 13. September wird zudem im Gebiet des Regionalverbands Ruhr die Verbandsversammlung gewählt. Und es finden die Neuwahlen der kommunalen Integrationsräte statt.

Insgesamt 29 Organisationen haben sich dem Bündnis „Gemeinsam Demokratie stärken“ angeschlossen. Darunter sind u. a. die kommunalen Spitzenverbände, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und Unternehmen. Den Wahlauftrag und alle Unter-

zeichnerinnen und Unterzeichner finden Sie auf Seite 17.

Präsident Kuper betonte: „Die Städte und Gemeinden sind die Basis unserer parlamentarischen Demokratie vor Ort. Hier entscheiden die Bürgerinnen und Bürger, wie es vor ihrer Haustür aussieht. Mit ihrer Stimmabgabe können sie bei den Kommunalwahlen die Politik in ihrem direkten Umfeld mitbestimmen. Ein breites gesellschaftliches Bündnis hat sich zusammengetan und ruft alle Wahlberechtigten in Nordrhein-Westfalen auf: Gehen Sie wählen, stärken Sie die Demokratie und unterstützen Sie die Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler in den kommunalen Gremien!“

red



ratie stärken – Mitgestalten

Gehe wählen – Gestalte mit – Übernimm Verantwortung!

Jede und jeder von uns hat am 13. September mit ihrer und seiner Stimme die Möglichkeit, Demokratie mitzugestalten. Nirgends können die Chancen guter Politik so hautnah erlebt werden wie in der eigenen Gemeinde, der Stadt, dem Kreis oder Regionalverband. Nirgends können Sie so unmittelbar Einfluss nehmen wie bei den Kommunalwahlen. Denn Demokratie wächst immer von unten.

Durch die aktuellen Herausforderungen – ob CoVid-19-Pandemie oder Klima- und demografischer Wandel – müssen die Lebensverhältnisse in unseren Städten und Gemeinden zukunftssicher ausgerichtet werden. Neben den konkreten Auswirkungen einer sich verändernden Wirtschafts- und Arbeitswelt sind insbesondere Bürgerengagement und die Festigung des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft die beste Garantie für den Erhalt der regionalen Vielfalt in unserem Land.

Machen Sie daher von Ihrem Wahlrecht Gebrauch

Jede Stimme für demokratische Bewerberinnen und Bewerber ist eine Stimme für Demokratie und Ehrenamt. Jede Stimme zählt für Toleranz, Vielfalt und Zusammenhalt. Wir bitten Sie daher: Gehen Sie zur Wahl, geben Sie Ihre Stimme ab – Wir zählen auf Sie!

André Kuper, Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen

Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW

Arndt Kirchhoff, Präsident der Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen (unternehmer nrw)

Hans Hund, Präsident Westdeutscher Handwerkskammertag (WHKT)

Thomas Meyer, Präsident der Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e.V.

Pit Clausen, Oberbürgermeister und Vorsitzender Städtetag NRW

Thomas Hendele, Landrat und Präsident Landkreistag NRW

Roland Schäfer, Bürgermeister und Präsident Städte- und Gemeindebund NRW

Juliane Knoke und Max Pilger, Landesjugendring

Jonas Neubürger, Landes-ASTen-Treffen NRW (LAT NRW)

Landeschüler*innenvertretung NRW

Tayfun Keltok, Vorsitzender Landesintegrationsrat

Rainer Maria Kardinal Woelki, Erzbischof von Köln

Hans-Josef Becker, Erzbischof von Paderborn

Dr. Felix Genn, Bischof von Münster

Dr. Franz-Josef Overbeck, Bischof von Essen

Dr. Helmut Dieser, Bischof von Aachen

Manfred Rekowski, Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland

Annette Kurschus, Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen

Dietmar Arends, Landessuperintendent der Lippischen Landeskirche

Zwi Rappoport, Vorsitzender des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe

Dr. Oded Horowitz, Vorsitzender des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein

Abraham Lehrer, Vizepräsident Zentralrat der Juden in Deutschland, Vorstand der Synagogen-Gemeinde Köln

Alexandra Khariakova, Vorsitzende des Landesverbands Progressiver Jüdischer Gemeinden in Nordrhein-Westfalen

Burhan Kesici, Sprecher des Koordinationsrates der Muslime

Klaus Hebborn, Vorsitzender Landesverband der Volkshochschulen von NRW e.V.

Dr. Guido Hitze, Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen

Dr. Frank Johannes Hensel, Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW

Stefan Klett, Präsident des Landessportbundes Nordrhein-Westfalen e.V.

DIE UNTERSTÜTZER DES WAHLAUFRUFS



AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Foto: Schälte

Universiade 2025

18.8.2020 – Die Rhein-Ruhr-Region soll nach dem Willen des Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverbandes (adh) Ausrichter der Sommer-Universiade 2025 werden. Die Welt-sportspiele der Studierenden sind die größte Multisportveranstaltung nach den Olympischen Spielen. Verbandsvorsitzender Jörg Förster stellte dem Sportausschuss nun das Konzept vor, das Austragungsorte in Bochum, Essen, Mülheim/Ruhr, Duisburg, Krefeld und Düsseldorf vorsieht. Nach Angaben von Förster werden derzeit die konkreten Bewerbungsunterlagen vorbereitet, die bis Ende Oktober eingereicht werden müssen. Es würden 10.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 170 Ländern erwartet. Die Universiade wird an 12 Wettkampftagen in 15 festgelegten und drei optionalen Sportarten durchgeführt. Das Konzept sehe nachhaltige Spiele vor, da in der Region eine große Zahl an Sportstätten vorhanden sei. Die Universiade könne zur weiteren Entwicklung der Rhein-Ruhr-Region beitragen und ein Katalysator beim Zusammenwachsen der Kommunen sein. Zugleich werde mit ihr „der Traum von Olympia“ an Rhein und Ruhr fortgeschrieben. Die Mitglieder des Sportausschusses stellten viele Nachfragen, u. a. zum Verkehrskonzept, der Finanzierung und der Einbindung der Kommunen.

Corona und Wirtschaft

19.8.2020 – Die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen beurteilen ihre aktuelle Situation trotz der anhaltenden Pandemie optimistischer als noch vor einigen Wochen. Dies teilte Wirtschaftsminister **Prof. Dr. Andreas Pinkwart** (FDP) in einer Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung mit. Man kämpfe sich schrittweise aus der Corona-Krise, sagte Pinkwart. Allerdings werde es „wohl noch bis Ende nächsten Jahres

dauern, bis der Einbruch vom Frühjahr 2020 gänzlich wettgemacht ist“. Das Bauhauptgewerbe blicke beispielsweise positiv in die Zukunft. Auch die Industrie erwarte bessere Geschäfte. Andere Branchen seien dagegen noch immer stark betroffen – etwa der Mes-sebau. **Henning Rehbaum** (CDU) sprach von einem „gemischten Bild“ und einer „instabilen Lage“. Er lobte die „konkrete, anpackende Wirtschaftspolitik“ der Landesregierung. **Frank Sundermann** (SPD) forderte, auch die Kommunen „mit entsprechenden Mitteln auszustatten“. Ein „Altschuldenfonds“ könne ihnen Luft verschaffen. **Horst Becker** (Grüne) kritisierte „Ungerechtigkeiten“ bei den Soforthilfen und sprach auch die vorgesehenen Rückzahlungstermine an. **Christian Loose** (AfD) warnte vor einem „massiven Sterben von Reisebüros“. Bei ihnen kämen die Bundeshilfen nicht an. Es gebe „erste hoffnungsvolle Signale“, sagte **Ralph Bombis** (FDP). Die Landesregierung habe von Beginn der Krise an alles getan, um Wirtschaft und Betrieben zu helfen.

Hebammenausbildung

19.8.2020 – Im Wissenschaftsausschuss haben die Abgeordneten über die Akademisierung der Hebammenausbildung diskutiert. Mit dem Ende 2019 verabschiedeten Hebmengesetz habe der Bund entschieden, dass Hebammen in Zukunft akademisch ausgebildet werden, sagte Annette Storsberg, Staatssekretärin im Ministerium für Kultur und Wissenschaft. Mehrere Hochschulen und Universitäten aus Nordrhein-Westfalen hätten gegenüber der Landesregierung bereits ihr Interesse bekundet, den Lehrbetrieb ab dem Wintersemester 2020/21 oder den Folgesemestern aufnehmen zu wollen. Pro Jahr solle es 300 Studienplätze geben. Am Vortag der Ausschusssitzung habe sich das Landeskabinett dafür ausgesprochen, im Landeshaushalt 2021 dazu 8,7 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen.

Polizeieinsatz in Düsseldorf

20.8.2020 – Der Innenausschuss hat sich in einer Aktuellen Viertelstunde mit dem umstrittenen Polizeieinsatz in der Düsseldorfer Altstadt befasst. Ein Polizeibeamter hatte fünf Tage zuvor einen 15-Jährigen mit dem Bein am Boden fixiert. Im Internet verbreitete Videoaufnahmen führten zu Vergleichen mit dem Tod des US-Amerikaners George Floyd. Mit solchen Vergleichen sei „behutsam“ umzugehen, sagte Innenminister **Herbert Reul** (CDU). Laut aktuellem Stand der Ermittlungen habe der Polizist den Jugendlichen in der Düsseldorfer Altstadt am Kopf fixiert – eine Einsatztechnik, die Beamtinnen und Beamten in der Aus- und Fortbildung vermittelt werde. Mittlerweile seien weitere Videoaufnahmen ausgewertet worden, die den Jugendlichen erneut in der Altstadt zeigten, kurz nachdem er einem Erziehungsberechtigten übergeben worden sei. **Verena Schäfer** (Grüne) forderte, weiter zu prüfen, ob das Fixieren am Boden mit dem Knie „verhältnismäßig“ gewesen und unter welchen Umständen eine solche Technik überhaupt anzuwenden sei. **Hartmut Ganzke** (SPD) warf dem CDU-Abgeordneten **Gregor Golland** „Hetze“ vor, weil dieser Sozialdemokraten und Grünen ein „Kesseltreiben“ gegen die Polizei unterstellt habe. Golland erneuerte seine Kritik im Ausschuss. Bei den genannten Oppositionsparteien mangle es an Vertrauen in die Polizeiarbeit. Aus politischem Kalkül seien voreilig Vergleiche zum Fall Floyd gezogen worden, „um den Innenminister vorzuführen“. **Marc Lürbke** (FDP) betonte, dass die Polizei mehr Rückhalt in der Gesellschaft brauche. Bis zum Abschluss der Ermittlungen gelte die Unschuldsumutung für alle Beteiligten. **Nic Peter Vogel** (AfD) sagte, dass die im Internet verbreiteten Videos zwar Erinnerungen an den Fall Floyd geweckt hätten, der Fall in Düsseldorf aber ganz anders gelagert sei. Der Polizeibeamte habe angewandt, was er in seiner Ausbildung gelernt habe, und „wie im Lehrbuch“ gehandelt.

Porträt: Herbert Strotebeck (AfD)



Sein Büro im Landtag wirkt nüchtern, zweckmäßig. Auf dem Schreibtisch Aktenordner, Laptop und PC, ein Locher. Keine Familienfotos, keine Urlaubsandenken, nichts Persönliches. An der Wand immerhin ein Kunstkalender. Das aktuelle Blatt zeigt eine Zeichnung Picassos. „Alles andere würde nur ablenken“, sagt Herbert Strotebeck.

Strotebeck ist Mitglied der AfD-Fraktion und mit 68 Jahren einer der ältesten Abgeordneten im Düsseldorfer Landtag. Geboren wurde er in Penzlin in Mecklenburg-Vorpommern. Das Städtchen habe er aber nie wirklich kennengelernt. „Ich wurde ja mit anderthalb Jahren verschleppt“, erzählt Strotebeck. „Verschleppt“ – so hätten es die DDR-Behörden genannt, wenn Eltern ihre noch kleinen Kinder mit auf die Flucht in den Westen genommen haben. Für die Mutter sei es die zweite Flucht innerhalb weniger Jahre gewesen. Als 16-Jährige sei sie bereits aus Königsberg (seit 1946 Kaliningrad) vor der Sowjetarmee nach Mecklenburg geflohen, wo sie ihren Mann kennengelernt habe. Herbert Strotebeck und seine Eltern fanden ihr neues Zuhause schließlich im Tecklenburger Land. Zu seinem Geburtsort Penzlin, sagt der Abgeordnete, habe er keinerlei Beziehung.

Während andere Jungen vielleicht Lokführer, Astronaut oder Fußballstar werden wollen, hatte Herbert Strotebeck schon früh anderes im Sinn – er wollte später „etwas Kaufmännisches“ machen. Versicherungen vielleicht. Oder zum Finanzamt. „Es war damals nicht schwierig,

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Herbert Strotebeck. Der 68-jährige Diplom-Kaufmann ist Sprecher der AfD-Fraktion im Haushalts- und Finanzausschuss sowie in dessen Unterausschuss „Personal“.

eine Lehrstelle zu finden“, sagt er. Bei ihm habe es auf Anhieb geklappt. Nach der Ausbildung zum Versicherungskaufmann folgten Abschlüsse als Betriebswirt, als Versicherungsfachwirt und schließlich als Diplom-Kaufmann.

Wenn Strotebeck, der seit 2013 im Ruhestand ist, von seinem Berufsleben spricht, spürt man: Versicherungen waren mehr als nur ein Job für ihn. Gut 25 Jahre lang sei er im Vorstand des Bildungswerks der Versicherungswirtschaft in Essen gewesen, außerdem mit mehr als 30 aktiven Jahren dienstältester Prüfer der Industrie- und Handelskammer (IHK) Düsseldorf für das Berufsbild der Versicherungskaufleute. Damit ist Schluss, in diesem Jahr sei die fällige Verlängerung ausgeblieben. Strotebeck hätte gerne noch weitergemacht, hat aber auch Verständnis für die Entscheidung: „Ich werde bald 70 und bin nicht mehr im Versicherungsfach.“

„Kritik am Euro“

Mit dem Ruhestand begann sein politisches Engagement. „Für Politik habe ich mich schon immer interessiert“, sagt der 68-Jährige. Nun hatte er mehr Zeit, setzte sich an den Computer und klickte sich durch die Programme der Parteien. Die „Leitlinien“ der AfD hätten ihn angesprochen, weil sie mit Zustimmung der Mitglieder entstanden seien, besonders die Kritik am Euro. Er lud einen Aufnahmeantrag herunter, füllte ihn aus und schickte ihn zurück. Wenig später bekam er seinen Mitgliedsausweis. „Ohne Prüfung“, betont Strotebeck. Er halte das für falsch. Auf diese Weise seien Leute in die Partei geraten, die dort nicht hineingehörten. Als Sprecher des AfD-Kreisverbandes Mettmann habe er sich deshalb mit den meisten Mitgliedern persönlich unterhalten, bevor über eine Aufnahme entschieden wurde, denn: „Wir wollen die rechten Vögel nicht bei uns haben.“

Strotebeck distanziert sich vom – mittlerweile offiziell aufgelösten – „Flügel“ der AfD, von Leuten wie Björn Höcke, dem AfD-Fraktionsvorsitzenden im Thüringer Landtag („Ich habe 2017 offen den Parteiausschluss Höckes unterstützt“), und Andreas Kalbitz, der vor seinem Ausschluss u. a. Mitglied des AfD-Bundesvorstands war („Ich bin froh, dass Kalbitz raus ist“). „Der Flügel wird in seiner Bedeutung überschätzt“, sagt Stro-

tebeck. Natürlich sei die AfD eine rechte Partei. Für ihn bedeute das „rechtschaffen, geradlinig, ehrlich und zielstrebig, aber nicht rechtspopulistisch oder rechtsnational“.

Seine Schwerpunkte im Landtag seien die Themen Haushalt und Wirtschaft. Er erzählt von Schulden, die an kommende Generationen weitergereicht würden, von einer „Euro-Rettung“, die nicht weit gekommen sei. Und dass ihn das alles ärgert.

Das Gespräch findet im Raum des AfD-Fraktionspressesprechers Michael Schwarzer statt. Ob auch ein Blick ins eigene Büro des Abgeordneten möglich sei? „Natürlich“, sagt Strotebeck. Auf dem Flur weist er den Weg, der in diesem Fall einmal nach links führt.

Michael Zabka

Zur Person

Herbert Strotebeck wurde in Penzlin (Mecklenburg-Vorpommern) geboren. Der Diplom-Kaufmann im Ruhestand lebt in Erkrath, ist verheiratet, Vater zweier erwachsener Kinder und dreifacher Großvater. Mehr als 30 Jahre lang arbeitete er als leitender Angestellter in der Versicherungswirtschaft. Strotebeck ist seit 2013 Mitglied der AfD und Sprecher des AfD-Kreisverbandes Mettmann sowie des Bezirksverbands Düsseldorf. Seit 1. Juni 2017 ist er Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Ein spezielles Lieblingsbuch habe ich nicht, meine Lieblingsautoren sind Hans-Werner Sinn und Thilo Sarrazin.

Welche Musik hören Sie gerne?

Operettenmelodien und Oldies.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Mineralwasser oder Gemüse-/Tomatensaft.

Ihr liebstes Reiseziel?

Die Nordseeküste.

Kurz notiert

„Gemeinsam stark!“

Unter dem Motto „Gemeinsam stark!“ hat sich der Verein Special Olympics NRW am 27. August 2020 im Landtag präsentiert. Der Präsident des Landtags, André Kuper, eröffnete die Präsentation im Beisein zahlreicher Gäste. Er betonte: „In einer inklusiven Gesellschaft ist es normal, unterschiedlich zu sein. Es ist großartig zu sehen, mit welcher Freude, welchem Ehrgeiz und welcher Fairness Menschen mit geistiger Behinderung ihrem Sport und ihrer Leidenschaft nachgehen. Durch die Präsentation im Landtag wollen wir die Sportlerinnen und Sportler ganz deutlich nach vorne holen.“ Special Olympics NRW ist der Landesverband der weltweit größten, vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) offiziell anerkannten Sportbewegung für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung.

Infoprogramm

Der Landtag ist ab Samstag, 5. September 2020, an Wochenenden wieder für Bürgerinnen und Bürger geöffnet. Wegen der Corona-Pandemie werden allerdings nur geführte Rundgänge in kleinen Gruppen angeboten – jeweils samstags und sonntags von 11 bis 17 Uhr. Der letzte Rundgang beginnt um 16 Uhr. Besucherinnen und Besucher werden registriert und müssen ihren Namen und ihren Wohnort angeben. Während des Besuchs muss eine Mund-Nasen-Bedeckung getragen werden. Es gelten die allgemein empfohlenen Hygiene- und Abstandsregeln. Anmeldung beim Besucherdienst unter Tel. (0211) 884-2302 oder per E-Mail unter besucherdienst@landtag.nrw.de.

Neue Broschüre

Mit einer neuen Broschüre informiert der Landtag über die Grundlagen und Funktionsweisen der parlamentarischen Demokratie. Interessierte erfahren mehr über die Themen Menschenrechte, Föderalismus oder Wahlen sowie über die Aufgaben und Funktionen des Landtags Nordrhein-Westfalen. Die Broschüre kann kostenlos beim Landtag bestellt werden unter Tel. (0211) 884-2442 oder per E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag.nrw.de.

Gestorben

13.7. Hermann Jansen
(SPD/88) MdL 1985-2000

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint am 22. September 2020.

Beethoven im Landtag

Weltweit wird in diesem Jahr der 250. Geburtstag des in Bonn geborenen Komponisten Ludwig van Beethoven gefeiert. Auch der Landtag beteiligt sich: Seit Mitte August ist in der Bürgerhalle des Landesparlaments eine zwei Meter hohe und fast zehn Meter lange Installation zu sehen, die den Schriftzug „BTHVN“ zeigt. Das Kürzel geht auf Beethoven selbst zurück, der einige seiner Partituren auf diese Weise signierte. Der Präsident des Landtags, André Kuper, stellte die Installation gemeinsam mit den beiden Geschäftsführern der Beethoven Jubiläums gGmbH, Malte Boecker und Ralf Birkner, sowie Annette Storsberg, Staatssekretärin im Ministerium für Kultur und Wissenschaft, vor. Wegen der Corona-Pandemie finden die Feierlichkeiten zum Beethoven-Jahr noch bis einschließlich September 2021 statt. Fotos: Lammert/Schälte



Landtagspräsident André Kuper (M.) mit den beiden Geschäftsführern der Beethoven Jubiläums gGmbH, Malte Boecker (l.) und Ralf Birkner (r.), sowie Staatssekretärin Annette Storsberg

